
Editorial

Das erste Heft von *Sozial.Geschichte Online* im neuen Jahr setzt einen Schwerpunkt auf den parteiförmig organisierten Kommunismus, insbesondere das historisch gewordene Beziehungsverhältnis der *Kommunistischen Partei Deutschlands* zu Nationalismus und Antisemitismus. Zu dieser Frage findet sich zunächst ein Beitrag von Ralf Hoffrogge: „Der Sommer des Nationalbolschewismus? Die Stellung der KPD-Linken zu Ruhrkampf und ihre Kritik am ‚Schlageter-Kurs‘ von 1923“. Hoffrogge analysiert Hintergründe jener berüchtigten Episode, als die exponierte KPD-Funktionärin Ruth Fischer in einer öffentlichen Diskussion im Sommer 1923 den antisemitischen Duktus der anwesenden faschistischen Studierenden aufgriff. Tatsächlich war die Rede Fischers ein Schlüsselereignis und Teil des vom Komintern-Strategen Karl Radek implementierten „Schlageter-Kurses“. Mit diesem sollten Sympathisant_innen aus dem nationalistischen rechten Lager gewonnen oder – in Erwartung einer sozialen Revolution – die aufziehende faschistische Bewegung neutralisiert werden.

Während der Umstand unbestritten ist, dass die KPD diesen Kurs bereits im September des selben Jahres wieder aufgab, wurde den innerparteilichen Konflikten, die sich insbesondere im linken Parteibe-zirk Berlin an der nationalistischen Kampagne entzündeten, bislang kaum nachgegangen. Der Beitrag Hoffrogges untersucht diese internen Debatten, in denen sich die damalige KPD vor dem Hintergrund der französisch-belgischen Besetzung der Rhein / Ruhr-Region als zutiefst gespalten zeigte. Darüber hinaus beleuchtet Hoffrogge die strukturellen Friktionen im Funktionärsapparat zwischen Vertreter_innen mit proletarischen und bürgerlichen Herkunftsbezügen.

Der Diskussionsbeitrag von Gerhard Hanloser, „Die Rote Fahne und der Antisemitismus“ befasst sich mit einem ganz ähnlichen Thema. Er diskutiert die kürzlich publizierte Dissertation des Hamburger Historikers Olaf Kistenmacher, der antisemitische Aussagen im Zentralorgan der KPD untersucht hat. Hanloser stützt die Einschätzung, dass die KPD-Zeitung solche antisemitischen Parolen und Denkfiguren benutzte – insbesondere in agitatorischer Absicht. Auf der Grundlage einer Kritik methodischer Prämissen Kistenmachers arbeitet der Autor jedoch heraus, dass die Intentionen dieser Aussagen in Kistenmachers Werk zu oberflächlich diskutiert werden. Hanloser zeigt, wie sehr linke Geschichtsschreibung durch die Verknüpfung von historischer Analyse und politischem Engagement geprägt ist: Insbesondere liest er Kistenmachers Arbeit im Kontext der Post-1989-Debatte der Linken und ihrer ahistorischen Setzungen, die die Bedeutung insbesondere des Verhältnisses zwischen Artikulationen von Klassenkämpfen und antisemitischen Denkfiguren nicht richtig zu erfassen vermögen.

David Mayer machte in seinem Artikel „Gute Gründe und doppelte Böden“ in Heft 14 unserer *Sozial.Geschichte Online* darauf aufmerksam, dass diese Verknüpfung einer analytisch-distanzierten mit einer normativ-engagierten Absicht ein Spezifikum linker Geschichtsschreibung darstellt.¹ Die enge Verflechtung von Analyse und Engagement, der es nicht nur um den richtigen historischen Begriff, sondern stets auch um die richtige gegenwärtige Praxis geht, scheint heute weiterhin dringend notwendig. Hanlosers Kritik an Kistenmachers Arbeit weist insofern aber zugleich auf die Gefahr von Kurzschlüssen hin, die vor allem durch eine Fetischisierung und ahistorische Anwendung von einmal als gewonnen geglaubten Erkenntnissen entstehen kann.

¹ David Mayer, Gute Gründe und doppelte Böden. Zur Geschichte ‚linker‘ Geschichtsschreibung, *Sozial.Geschichte Online*, 14 (2014), S. 62–96; hier: S. 67: [http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-37518/05_Mayer_History.pdf].

Frido Wentens Forschungsbeitrag „Gewerkschaftsreformen in China – Segen oder Fluch? Kontroverses zu Tarifverhandlungen und ‚zellulärem‘ Aktivismus“ setzt unsere Reihe zum Thema Arbeiterkämpfe in China fort, die Ralf Ruckus unter anderem in seinen Beiträgen zum Thema „Chinese Capitalism in Crisis“ in den Heften 18 und 19 der *Sozial.Geschichte Online* begonnen hat.² Den in unserer Zeitschrift inzwischen recht ausgeprägten regionalen Schwerpunkt dokumentieren wir im China-Dossier auf unserem Blog.³

Wenten untersucht institutionelle Wandlungsprozesse in Südchina nach der Streikwelle von 2010. Er kritisiert den wissenschaftlichen Mainstream, der die chinesischen Arbeiter_innenkämpfe mit dem Maßstab „westlicher“ Gewerkschaftstraditionen und deren vermeintlich teleologischen Fortentwicklungen misst. Er hinterfragt insbesondere den impliziten „Produktivismus“ westlicher Gewerkschaften, den auch der reformorientierte *Allgemeine Chinesische Gewerkschaftsbund* (ACGB) teile: den Imperativ, dass die Produktivität des Betriebs durch die Kämpfe der Arbeiter_innen nicht gefährdet werden dürfe. In Wirklichkeit trage die Institutionalisierung und Formalisierung von Verhandlungen sowie die Professionalisierung von Gewerkschaftsvertretern dazu bei, dass die Handlungsfähigkeit der Arbeiter_innen eingeschränkt und „wilde“ Protestformen illegitimiert werden. Andererseits ermögliche gerade eine schwache moderate Gewerkschaft, spitzt Wenten zu, in spontanen, schwer kon-

² Ralf Ruckus, Chinese Capitalism in Crisis, Part 1: Zhang Lu on exploitation and workers' struggle in China's auto industry, *Sozial.Geschichte Online*, 18 (2016), S. 119–144: [http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-41181/07_Ruckus_ZhangLu.pdf]; Ralf Ruckus, Chinese Capitalism in Crisis. Part 2: Li Minqi on the forthcoming collapse of China's economy and the capitalist world system, *Sozial.Geschichte Online*, 19 (2016), S. 115–150: [http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-42080/05_Ruckus_Li_Minqi.pdf]; vgl. auch die Rezension Tobias Ten Brink, Chinas Kapitalismus – Entstehung, Verlauf, Paradoxien (Ruckus, Ralf), *Sozial.Geschichte Online*, 16 (2015), S. 137–152: [http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-39738/07_Ruckus_ten_Brink.pdf].

³ [<https://sozialgeschichteonline.wordpress.com/dossiers/china/>].

trollierbaren Streiks bedürfnisorientierte Forderungen effektiv durchzusetzen. Wenten fordert einen offenen Blick auf alternative Formen der Arbeiter_innenbewegung. Seine Analyse überträgt Forschungsperspektiven auf eine „andere Arbeiterbewegung“ (Karl Heinz Roth, Gisela Bock), die im Kontext der Krise der fordistischen Produktionsweise in Europa und Nordamerika Mitte der 1970er Jahre entstanden sind, auf Entwicklungen im Rahmen der nachholenden Modernisierung einer außereuropäischen Nationalökonomie.

Jon Lawrence liefert in seinem Forschungsbeitrag „Workers’ testimony and the sociological reification of the manual / non-manual distinction in 1960s Britain“ eine Re-Analyse einer inzwischen klassischen arbeitssoziologischen Untersuchung: Die Soziolog_innen John Goldthorpe, David Lockwood, Frank Bechhofer und Jennifer Platt versuchten in ihrer 1968/69 erschienenen Studie „The Affluent Worker. Industrial Attitudes and Behaviour“ die These einer Verbürgerlichung der Arbeiter_innenklasse nach dem Zweiten Weltkrieg zu entkräften. Am Beispiel von Untersuchungen in industriellen Großbetrieben der boomenden britischen Industriestadt Luton zeigten sie, dass sich die Einstellungen von Arbeiter_innen und Angestellten zwar bezüglich des häuslichen Lebens und eines instrumentellen Verhältnisses zum Geld angleichen. In vielen Bereichen des Alltagslebens unterschieden sie sich aber weiterhin signifikant. Anhand einer erneuten Auswertung der ursprünglichen Interviewtranskripte gelingt Lawrence eine differenziertere Betrachtung der Einstellungen innerhalb der Gruppen der Arbeiter_innen und Angestellten, die bei Goldthorpe und anderen zu homogen erschienen. Diese Unterschiede fanden zum Beispiel in Diskussionen um gemeinsame beziehungsweise getrennte Kantinen für Arbeiter_innen und Büroangestellte, über Beförderungsaussichten und Aspirationen und den Überlegungen, sich selbständig zu machen, ihren Ausdruck.

Die beiden Beiträge unter der Rubrik „Zeitgeschehen“ widmen sich einem Thema, das in *Sozial.Geschichte Online* immer wieder

verhandelt wurde: Flucht und Migration.⁴ Beide Texte rekapitulieren die Entwicklungen der staatlichen Flüchtlingspolitik in Folge des „Sommers der Migration“ von 2015. Zwar haben, wie bereits Helmut Dietrich in einem Beitrag für das Heft 18 der *Sozial.Geschichte Online* feststellte, die Geflüchteten die „Festung Europa“ zumindest temporär zum Wanken gebracht – in einer Bewegung, die Dietrich mit dem Soziologen Asef Bayat als *Non-Movement*, als kollektive Aktion nicht-kollektiver Akteur_innen, deutet.⁵ Doch die vielbeschworene „Autonomie der Migration“ äußert sich gegenwärtig allenfalls räumlich zerstreut und isoliert, und die Bewegungslinke scheint angesichts der Entwicklungen weitgehend sprachlos. Der erste der beiden Beiträge kommt von der Hamburger Gruppe *Blauer Montag*: „Flüchtlingskrise‘ und autoritäre Integration. Zu einigen Aspekten der Reorganisation staatlicher Kontrollpolitiken“. Die Gruppe analysiert die „Flüchtlingskrise“ als Krise europäischer und bundesdeutscher Institutionen und Verwaltungen. Sie beschreibt eine neue Weise des administrativen Umgangs mit Geflüchteten – „repressive Integration“: Das Kontrollregime an den EU-Außengrenzen und die Aushöhlung des Asylrechts werden kombiniert mit Politiken der „Integration“ in Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie ins Bildungssystem, die auf einer „Auslese“ nach ökonomischen Nützlichkeitsabwägungen beruhen. „Integration“ – als willige Unterwerfung unter das Paradigma der Nützlichkeit – werde belohnt, „Integrationsversagen“ nicht als Versagen der Systeme gewertet, sondern individualisiert. Der *Blauer Montag* betont die ideologische Nähe zur Agenda 2010 und stellt zahlreiche Parallelen des Asylbewerberleistungsgesetzes zu den Regelungsin-

⁴ Siehe u. a. Dirk Hoerder, Migration Research in Global Perspective. Recent Developments, *Sozial.Geschichte Online*, 9 (2012), S. 63–84: [http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-31950/07_Hoerder_Migration_Research.pdf].

⁵ Helmut Dietrich, Das Jahr V der arabischen Revolution – Beispiel Tunesien, *Sozial.Geschichte Online*, 18 (2016), S. 99–118, hier: S. 103: [http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-41180/06_Dietrich_ArabischeRevolution.pdf].

halten des SGB II fest. Die Integration in den Arbeits- und Wohnungsmarkt und der Zugang zu Bildung müsse jedoch misslingen – nicht zuletzt aufgrund einer konsequenten Kürzungspolitik im sozialen Bereich während der letzten dreißig Jahre sowie behördlichen Kommunikations- und Planungsdefiziten. Vielfach bliebe von der versprochen Integration nicht mehr übrig als eine „Integrationsymbolik ohne Substanz“. Den administrativen Spaltungsversuchen – dem Ausspielen von Geflüchteten gegen andere Gruppen sozial Benachteiligter – setzt der *Blaue Montag* die Forderung entgegen, die Kämpfe der Geflüchteten mit sozialen Kämpfen im Allgemeinen zu verbinden.

Die *Basisdemokratische Linke Göttingen* analysiert in ihrem Beitrag „Arbeit um jeden Preis“ das neue Integrationsgesetz als Instrument der Selektion, Kontrolle und Verwertung migrantischer Arbeitskraft. Ähnlich wie der *Blaue Montag* deutet die Göttinger Gruppe das Gesetz, das im Juli 2016 ohne nennenswerte öffentliche Kritik verabschiedet wurde, als Teil eines Workfare-Programms in der Tradition der rot-grünen Agenda 2010 und der SGB-II-Gesetzgebung: Der Zugang zu Erwerbsarbeit wird mit einer rigiden Kontrolle und Disziplinierung der Geflüchteten verknüpft; die Erteilung von Aufenthaltsrechten wird mit einem Arbeitszwang in 80-Cent-Jobs des „Arbeitsmarktprogramms ‚Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen‘ (FIM)“ verbunden. Die Kombination einer Öffnung des Arbeitsmarkts und eines anhaltend restriktiven Grenzregimes an den EU-Außengrenzen wie im Innern deutet die *Basisdemokratische Linke* als neue Strategie: Die Geflüchteten werden nicht mehr als reiner Kostenfaktor wahrgenommen, sondern als Ressource begriffen, deren ökonomische Verwertbarkeit durch selektive Qualifizierung, Wohnsitzverpflichtung in strukturschwachen Regionen etc. optimiert werden soll – auf Kosten humanitärer Ansprüche.

Das aktuelle Heft der *Sozial.Geschichte Online* enthält zudem Buchrezensionen zu Legitimationsproblemen in der Erwerbsarbeit, den biographischen Erinnerungen des Anarchisten Max Tobler, der

Geschichtsschreibung Griechenlands sowie der Arbeitsmedizin im Nationalsozialismus.

Wir möchten nicht versäumen, auf zwei Neuerscheinungen hinzuweisen: Karl Heinz Roth und Hartmut Rübner setzen sich in „Die Reparationsschuld“ mit den „deutschen Hypotheken des Zweiten Weltkriegs in Griechenland und Europa“ auseinander. Das Buch erscheint voraussichtlich im Februar 2017 im Metropol-Verlag.

Max Henningers Buch „Armut, Arbeit, Entwicklung. Politische Texte“ ist schon im Januar im Mandelbaum Verlag erschienen.⁶ Henninger, Redakteur der *Sozial.Geschichte Online*, setzt sich in seinen Texten – darunter einige, die bereits in dieser Zeitschrift erschienen sind – unter anderem mit dem Operaismus, Marx' Positionen zum Charakter der Industrialisierung sowie zu den Perspektiven kapitalistischer Entwicklung und mit dem Verhältnis von sozialer Bewegung und Parteipolitik auseinander. Er analysiert den politischen Einsatz des ‚Subsistenz‘-Begriffs zur ideologischen Flankierung der gegenwärtigen Austeritätspolitik, die Ambivalenz der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien sowie den Klimawandel als Produkt und potenziellen Endpunkt kapitalistischer Entwicklung.

Zudem noch ein Hinweis in eigener Sache: *Sozial.Geschichte Online* steht als kostenlos zugängliche Zeitschrift, die bedauerlicherweise keine Honorare für Autor_innen zahlen kann, vor dem Problem, dass derzeit die Finanzierung kommender Ausgaben ungewiss ist. Von daher bitten wir alle Leser_innen der Zeitschrift dringend um ihre Unterstützung, siehe den Spendenaufruf hier:

[<https://sozialgeschichteonline.wordpress.com/verein/spenden>].

Wir wünschen viel Freude beim Lesen!
Die Redaktion

⁶ [<http://www.mandelbaum.de/books/806/7723>].

Dies ist eine Veröffentlichung der **Sozial.Geschichte Online** lizenziert nach [Creative Commons – CC BY-NC-ND 3.0]

Sozial.Geschichte Online ist **kostenfrei und offen** im Internet zugänglich. Wir widmen uns Themen wie dem Nationalsozialismus, dessen Fortwirken und Aufarbeitung, Arbeit und Arbeitskämpfen im globalen Maßstab sowie Protesten und sozialen Bewegungen im 20. und 21. Jahrhundert. Wichtig ist uns die Verbindung wissenschaftlicher Untersuchungen mit aktuellen politischen Kämpfen und sozialen Bewegungen.

Während die Redaktionsarbeit, Lektorate und die Beiträge der AutorInnen unbezahlt sind, müssen wir für einige technische und administrative Aufgaben pro Jahr einen vierstelligen Betrag aufbringen.

Wir rufen deshalb alle LeserInnen auf, uns durch eine **Spende** oder eine **(Förder-)Mitgliedschaft** im *Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.* zu unterstützen, der diese Zeitschrift herausgibt und gemeinnützig ist.

Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerabzugsfähig, deswegen bitten wir, uns eine E-Mail- und eine Post-Adresse zu schicken, damit wir eine Spendenquittung schicken können.

Die Vereinsmitgliedschaft kostet für NormalverdienerInnen 80 Euro und für GeringverdienerInnen 10 Euro jährlich; Fördermitglieder dürfen ihren Beitrag selbst festlegen.

Mitgliedsanträge und andere Anliegen bitte an

SGO-Verein [at] janus-projekte.de oder den

Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.
Cuvrystraße 20a
(Briefkasten 30)
D-10997 Berlin

Überweisungen von Spenden und Mitgliedsbeiträgen bitte an

Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.
IBAN: DE09 1002 0500 0001 4225 00
BIC: BFSWDE33BER
Bank für Sozialwirtschaft